

Inhalt:

Kritik an Sprachförderprogramm in KITAs	S. 01	Wieder Zoff im Rathaus	S. 03
Mehr Breitbandanschlüsse für die Region	S. 02	Kritik am Informationsfluss unter Bechtluft	S. 04
Kinderförderungsgesetz	S. 02	Debatte um Straßennamen	S. 04

Mai 2008

Kritik am Sprachförderprogramm in KITAs

Auf der Kreistagssitzung am 19.05.08 wurde die Sprachförderung in Kindertagesstätten beschlossen. Die SPD-Fraktion begrüßte, dass Kindern, die große Sprachdefizite aufwiesen, bereits im Kindergarten geholfen werden sollte. Die geplante Umsetzung durch den Landkreis wurde jedoch kritisch beurteilt.

Aufbauend auf dem bereits durchgeführten Sprachförderprogramm des Landes Niedersachsen wurden im Emsland 24 Sprachförderkräfte eingesetzt, um einen weitergehenden Bedarf an Sprachförderung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund abdecken zu können. Sie wurden flächendeckend den Familienzentren zugeordnet und waren für die übrigen Einrichtungen in der jeweiligen Stadt, Gemeinde oder Samtgemeinde zuständig.

Für SPD-Kreistagmitglied Peter Raske ergaben sich hierbei einige kritische Fragestellungen. Gab es genügend Fachkräfte oder würden Sprachförderkräfte, die durch einen Crash-Kurs vorbereitet wurden, eingestellt? Außerdem sollten noch eine Reihe grundsätzlicher Fragen zur Umsetzung und deren Wirksamkeit beantwortet werden, damit nicht der Eindruck entstände, dass reiner Aktionismus am Werk wäre.

Die SPD-Fraktion ging davon aus, dass Sprachdefizite im Vorschulalter ein dauerhaftes Problem bliebe, wenn nicht die

Bedingungen in der Kinderbetreuung verbessert würden. Eine Kindergärtnerin war in der Regel für 20 bis 25 Kinder zuständig. Personallücken wurden durch Aushilfskräfte mit Zeitverträgen oder durch Praktikanten aufgefüllt. Kindergärtnerinnen hatten Schwierigkeiten in derartig großen Gruppen dem einzelnen Kind die erforderliche sachkompetente Zuwendung zu geben, die für eine optimale Förderung und Entwicklung notwendig war. Sprachliche Förderung herauszulösen, indem diese durch außenstehende Sprachförderkräfte isoliert angeboten wurde, wäre der falsche Weg, meinte SPD-Kreistagsabgeordneter Jürgen Schonhoff aus Lingen. Sprache würde im alltäglichen Umgang mit Kindern im vorschulischen Alter ganzheitlich gelernt.

Die SPD-Kreistagsfraktion forderte, die Gruppengröße in Kindertagesstätten zu reduzieren und mehr qualifiziertes Personal einzustellen, damit eine kontinuierliche Entwicklung und Förderung der Kinder bis zum Schuleintritt gewährleistet wäre. Daneben sollten Kinder mit besonderem Förderbedarf wegen Sprachentwicklungsstörungen und Sprachverzögerungen zusätzliche Hilfe durch therapeutische Sprachmaßnahmen erhalten, die von ausgebildeten Logopäden oder Sprachtherapeuten durchgeführt würden.

Sprachförderung für alle Kinder

Landkreis stellt 24 zusätzliche Fachkräfte ein

ma **MEPPEN.** 84 Kindertagesstätten im Emsland sehen für 1375 Kinder zurzeit einen Sprachförderbedarf. Um allen Kindern eine Sprachförderung zu ermöglichen, will der Landkreis in diesem Jahr 24 zusätzliche Sprachförderkräfte einstellen.

Die Ausschreibung für diese Pädagoginnen und Erzieherinnen mit entsprechenden Zusatzqualifikationen läuft schon. Der Kreistag beschloss gestern einstimmig, hierfür 800 000 Euro paratzustellen. Zusätzlich hält das Land Niedersachsen 154 840 Euro für das Kindergarten-

jahr 2008/2009 vor. Von den Landesmitteln profitieren jedoch nur die 568 Kinder mit Migrationshintergrund. Erster Kreisrat Reinhard Winter wies jedoch darauf hin, dass auch immer mehr Mädchen und Jungen deutscher Herkunft mit Sprachdefiziten zu kämpfen haben. „Wir müssen uns um alle etwa 1500 Kinder kümmern“, so Winter.

Ab Herbst sollen deshalb möglichst an emsländischen Familienzentren Sprachförderkräfte eingesetzt werden. Damit könne allen Mädchen und Jungen „ortsnah“ geholfen werden. „Wir wollen ab

Herbst flächendeckend in jeder Kommune tätig werden“, ergänzte Winter. Für die CDU-Mehrheitsfraktion führte Magdalene Wilmes aus: „Chancengleichheit besitzt für uns höchste Priorität.“ Sprache sei der wichtigste Schlüssel zur erfolgreichen Bildung. In Zukunft erhielten alle Kinder im Emsland eine optimale Sprachförderung. Peter Raske (SPD) monierte hingegen, dass es Aufgabe der Erzieherinnen wäre, diese Defizite auszubügeln. Hierzu seien die Gruppen in den Kindertagesstätten jedoch zu groß.

Ems-Zeitung, 20.05.2008

Mehr Breitbandanschlüsse für die Region

Die Landesregierung sollte nach Meinung der SPD-Kreistagsfraktion konkrete Pläne entwickeln, wie zukünftig auch dünn besiedelte Gebiete flächendeckend mit Breitbandanschlüssen versorgt werden könnten. „Nach jüngsten Berichten droht fast jede fünfte Kommune in Niedersachsen bei den schnellen Internetverbindungen abgehängt zu werden. Es muss endlich gehandelt werden“, so Karin Stief-Kreihe. Die Verkabelung mit Glasfaserkabeln in Lathen durfte kein Einzelfall bleiben.

EWE-TEL plante, die acht Gewerbegebiete der Samtgemeinde Lathen und darüber hinaus bis 2010 die Bürger in Lathen sowie in Ober- und Niederlangen mit Internet-Anschlüssen über Glasfaserkabel auszustatten. Die SPD-Kreistagsfraktion befürchtete verheerende Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Städte und Gemeinden im Emsland. Sowohl im privaten wie auch im geschäftlichen Bereich

gehörte ein schneller Internetzugang zum Alltag wie Wasser und Strom.

Der Standort Niedersachsen könnte es sich nicht leisten, dass ganze Landstriche von der modernen Kommunikation abgeschnitten wären. Daher müsste die Landesregierung dringend handeln und die Breitbandversorgung dort sicher stellen, wo private Anbieter dies nicht gewährleisten. Denkbar wäre ein Förderprogramm des Landes.

Sollte das Land nicht reagieren, müsste nach Auffassung von Peter Raske der Landkreis im Rahmen der Wirtschaftsförderung aktiv werden. Der ländliche Raum benötigte dringend eine Breitbandversorgung und einzelne sogenannte Modellkommunen wären keine Lösung. Trotz der hohen Kosten dürfte Lathen in der nächsten Zeit nicht die einzige Kommune im Emsland mit schnellem Internetzugang bleiben.

JUNI 2008

Das Kinderförderungsgesetz: Ein Meilenstein für Familien und Kinder

Nach der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Kinderförderungsgesetz erklärte die SPD-Kreistagsfraktion, das Kinderförderungsgesetz (KifoeG) und der darin enthaltene Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz wären ein Meilenstein für Familien und Kinder. Sie begrüßte, dass Bund, Länder und Kommunen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den Kinderbetreuungsausbau qualitativ und quantitativ voranbringen und insgesamt 12 Milliarden Euro hierfür zur Verfügung stellen wollten.

Mit dem KifoeG sollte bis 2013 für jedes 3. Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz geschaffen werden, ab 2013 würde der Rechtsanspruch ab dem ersten Jahr eingeführt. Das KifoeG sollte die Chancen für alle Kinder auf ein kindgerechtes Aufwachsen verbessern. Zudem schaffte das Gesetz bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trug zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut bei.

SPD-Kreistagsmitglied Peter Raske machte deutlich, dass dieses Gesetz ein wichtiger Baustein war, um die Bildungsbenachteiligung von Kindern zu verringern. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten Familien wäre ein frühes pädagogisches Angebot äußerst wichtig.

Gleichzeitig lobte Peter Raske die Kreisverwaltung, weil sie auf der nächsten Kreistagsitzung im Vorgriff auf dieses Gesetz die richtigen Weichenstellungen für die frühkindliche Förderung im Emsland mit einem breit gefächerten Maßnahmenpaket vornehme. Die SPD unterstützte den Landkreis in seinen Bemühungen um frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder.

„Riesenspaket“ für Papenburger Familien

Stadt will Ganztags- und Krippenangebot ausbauen

gs PAPENBURG. An der Papenburger Schulpolitik scheiden sich in den Reihen der Stadtratsmitglieder weiter die Geister. Das wurde einmal mehr bei der jüngsten Sitzung des Kita-/Schul- und Jugendausschusses am Mittwoch im Rathaus deutlich. Gleichwohl stellte das Gremium durch mehrheitliche Entscheidungen bedeutende Weichen.

Wie der Erste Stadtrat Gunnar Jungclaus betonte, wurde durch Beschlüsse zur Einrichtung von Ganztagsangeboten an den Schulen sowie zum Ausbau von Kinderkrippenplätzen in den Kindergärten „ein finanzielles Riesenspaket für die nächsten drei bis vier Jahre für Papenburger Familien“ geschürt. Konkret entschied sich der Ausschuss mehrheitlich dafür, die Verwaltung zu beauftragen, die notwendigen Baumaßnahmen sowie die erforderliche sachliche Ausstattung für die Einführung von Ganztagsangeboten zu ermitteln. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll über den Haushalt 2009 und folgende gesichert werden. Ähnliches gilt für den geplanten Ausbau des Kinderkrippenangebotes.

Der Elternvertreter Dr. Thomas Mrosk regte in diesem Zusammenhang an, die Eltern bei der Diskussion ins Boot zu holen. „Wir haben Informationsbedarf und wollen mit Inhalten versorgt werden“, stellte Mrosk fest. Zwischen den Politikern entbrannten derweil an einzelnen Tagesordnungspunk-

ten zuweilen hitzig geführte Debatten. Gleich zu Beginn der Sitzung kritisierte Hartmut Bugiel (SPD) die von CDU und Teilen der FDP mehrheitlich getragene Entscheidung, den Punkt „Schulneubau Kleiststraße“ vom Plan zu nehmen und ihn in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu verlagern. Es sei unglaublich, der Öffentlichkeit die Inhalte dieses Punktes vorzuenthalten, schimpfte Bugiel. Erster Stadtrat Jungclaus sowie die Ausschussvorsitzende Annette Pöttker (CDU) verwiesen indes auf „vergaberechtliche

ist, in jedem der drei Stadtteile Obenende, Untenende und Aschendorf mindestens ein offenes Ganztagsangebot im Primarschulbereich vorzuhalten. „Wir springen allerdings zu kurz, wenn wir sagen, wir legen uns auf eine Ganztagschule pro Stadtteil fest“, betonte Jungclaus. Würde die Stadt so verfahren, wäre über kurz oder lang das Ende anderer Grundschulen vorzeitig besiegelt, fügte Bürgermeister Jan Peter Bechtluft hinzu.

Die Problematik wird aus Sicht der Verwaltung insbesondere am Obenende deutlich: Durch das Ganztagsangebot an der Michaelgrundschule werden in dem Stadtteil die Schulbezirksgrenzen im Prinzip außer Kraft gesetzt, da Schüler mit dem Hinweis auf die Ganztagschule aus allen Bereichen an die Michaelschule wechseln dürfen. Da die Entwicklung der Schülerzahlen zudem einen Rückgang prognostiziert, wäre die Existenz der umliegenden Waldschule sowie der Splittingschule auf Dauer bedroht.

SPD-Ratsherr Peter Raske warf CDU und Verwaltung vor, sich vor einer Entscheidung zu drücken. Die Umsetzung des vorgeschlagenen Konzepts würde bedeuten, „dass alle Grundschulen Ganztagschulen werden müssen, wenn sie eine Schließung verhindern wollen“. Volker Eissing (CDG) betonte, dass es nicht darum gehe, jede Schule um jeden Preis zu erhalten. „Was wir aber brauchen, ist Planungssicherheit für Kinder und Eltern.“

– ANZEIGE –

EM-TIPPSPIEL
Jetzt mittippen:
www.em-kick-tipp.de
Hauptpreis: Mazda 2



NEUE OZ DAS MEDIENHAUS

Elemente“ beziehungsweise „zu gewährleistenden Firmenschutz“.

Die größte Kritik insbesondere seitens der SPD und CDG riefen hingegen Pläne der Verwaltung hervor, grundsätzlich allen acht Grundschulen im Stadtgebiet die Möglichkeit zu gewähren, ein offenes Ganztagsangebot einzurichten. Ein solches gibt es bislang lediglich an der Obenender Michaelgrundschule. Geplant

Ems-Zeitung, 08.06.2008

16.07.2017

Papenburg: Wieder Zoff im Rathaus

Die SPD kritisierte, dass die Beratungen um den Schulneubau an der Kleiststraße kurzfristig in die nichtöffentliche Sitzung verlegt worden waren.

Von Jürgen Eden

PAPENBURG. Die Parteien des Papenburger Stadtrates haben sich im Kita-/Schul- und Jugendausschuss einen offenen Schlagabtausch geliefert. Für Ärger sorgte die kurzfristige Absetzung des ersten Beratungspunktes um den geplanten Schulneubau Kleiststraße von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung in den nichtöffentlichen Teil.

Das rief erwartungsgemäß die Sozialdemokraten auf den Plan: „Es ist ja schon

sehr interessant. Erst wird etwas öffentlich angekündigt, und dann ist der Inhalt der Öffentlichkeit nicht zugänglich“, wettete Hartmut Bugiel. Bürgermeister Jan Peter Bechtluft konterte, dass es bei den Beratungen um vergaberechtliche Dinge gehe. Die Ausschussvorsitzende Annette Pöttker räumte hingegen ein, dass die Angelegenheit im Vorfeld wohl etwas unglücklich gelaufen sei. Man müsse aber auch den Schutz der Anbieter berücksichtigen.

Einmütigkeit herrschte im Ausschuss dagegen beim Tagesordnungspunkt Kindertagesstätte St. Michael.

Das Gremium stimmte zu, dass vorzeitig mit weiteren Baumaßnahmen begonnen werden dürfe. Bereits im kommenden Jahr soll in zusätzlichen Räumen die Krippenbetreuung für Kinder unter drei Jahren angeboten werden. Offen ist derzeit noch die Zuschusshöhe. Der formale Beschluss war notwendig, um spätere Finanzhilfen nicht zu gefährden.

Diskutiert wurde auch über Ganztagsschul-Angebote in den Papenburger Stadtteilen Untenende, Obenende und Aschendorf. Derzeit ist nur die Obenender Michaelschule von morgens bis abends geöffnet. Das führt nach Angaben des Ersten Stadtrates Gunnar Jungclaus faktisch zur Verwässerung der Schuleinzugs Grenzen: Wer eine Ganztagschule besuchen will,

„Erst wird etwas öffentlich angekündigt, und dann ist der Inhalt der Öffentlichkeit nicht zugänglich“

Hartmut Bugiel

muss sich nicht an die geltenden Grenzen halten, wenn am bisher besuchten Lernort kein solches Angebot

vorliegt.

Volker Eissing von der CDG forderte einen Schulentwicklungsplan. Es gehe nicht darum, jede Schule zwingend zu erhalten, sondern vielmehr um die Planungssicherheit für Lehrer, Schüler und Eltern. Rats Herr Peter Raske kritisierte, dass jede Einrichtung, die nicht ein Ganztagschulangebot vorhalte, mit einer Schließung rechnen müsse.

Die Stadtverwaltung wurde schließlich mit zehn Ja- und fünf Nein-Stimmen beauftragt, den finanziellen und baulichen Bedarf für künftige Ganztagschulen zu ermitteln.

SPD: Oft vor vollendete Tatsachen gestellt

Papenburger Ortsverein kritisiert Informationsfluss unter Bürgermeister Bechtluft

ta **PAPENBURG.** „In der laufenden Legislaturperiode werden wir von bestimmten Informationen einfach abgeschnitten“, empörte sich Hartmut Bugiel, Fraktionschef der SPD im Papenburger Stadtrat, auf der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Papenburg.

Seit Jan Peter Bechtluft Bürgermeister sei, würde die Opposition häufig vor vollendete Tatsachen gestellt. Das habe es unter seinem Amtsvorgänger Ulrich Nehe in dieser Form nicht gegeben. Früher, so Bugiel, habe man zum Wohle der Stadt und ihrer Einwohner auf eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit gesetzt. Er erinnerte an die kleinen Kommissionen, in denen man über Parteigrenzen hinweg vor wichtigen Entscheidungen, besonders in städtebaulicher Hinsicht, konstruktiv zusammenarbeiten und einvernehmliche Lösungen herbeiführen konnte. „Das ist in den Ausschüssen heute politisch nicht mehr gewollt“, stellte der SPD-Politiker fest.

Als Beispiele nannte Bu-



Delegierte für die Konferenz in Twist: Jürgen Bröer, Peter Behrens und Peter Raske (von links).

Foto: Tangen

giel die Punkte „Schulneubau Kleiststraße“ und Jugendzentrum. In dem gerade erst eröffneten Jugendtreff würden durch das Fehlen von Putzmittel- und Geräteraumen bereits jetzt die ersten Mankos erkennbar.

Seine volle Unterstützung will der SPD-Ortsverein dem früheren Bürgermeister Heinrich Hövelmann (CDU) zuteil werden lassen. Dessen Idee, von der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte über den Demonstrationswald hinweg in Richtung Aschendorf einen Bürgerpark einzurichten, der gleichsam als „grüne Lunge“ der Stadt sowohl für deren Einwohner als

auch für die Touristen eine echte Attraktion werden könnte, verdiene es, ohne Abstriche umgesetzt zu werden.

„Das Projekt wahrt nicht nur die Nachhaltigkeit, sondern kann auch eine gute Werbung für die Gartenbaubetriebe in Papenburg werden“, unterstrich Peter Raske. Nicht nur die Meyer Werft, sondern auch die mindestens ebenso beschäftigungsstarken Gartenbaubetriebe, die ihre Produkte bundes- und sogar europaweit vermarkten, könnten durch eine entsprechende Präsentation zu einem touristischen Magneten werden. Die SPD befürchtet jedoch, dass das

Projekt aufgrund immer häufiger geäußelter Vorbehalte vonseiten der Verwaltung „zerredet“ werden könnte. Auch liege die Vermutung nahe, dass man zumindest in Teilbereichen des dafür vorgesehenen Areals lieber weitere Bauplätze anlegen wolle, betonte Raske.

Zügig über die Bühne ging der Tagesordnungspunkt „Wahl der Delegierten für die Europa-Delegiertenkonferenz“ am 4. Juli in Twist. Die Kandidaten Thomas Witolla, Peter Raske, Jürgen Bröer und Peter Behrens wurden einstimmig gewählt. An der Konferenz wird auch der SPD-Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Matthias Groote, teilnehmen. Der Wahlbezirk Grootes ist die Region Weser-Ems, er erstreckt sich von der Nordsee bis nach Osnabrück und umfasst rund 300 Ortsvereine. „Groote ist immer präsent, um für Europa zu werben und sich mit den Sorgen und Anregungen der Bürger auseinanderzusetzen“, lobte Ortsvereinsvorsitzender Peter Behrens seinen Parteigenossen.

Ems-Zeitung, 10.06.2008

Kurze Debatte um einen langen Namen

FDP scheitert mit Antrag, Papenburg in Papenburg-Aschendorf umzubenennen – Bugiel: Haben andere Probleme

ys **PAPENBURG.** Papenburg wird auch weiterhin Papenburg heißen. Der Stadtrat hat am Donnerstag den Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt, den Namen in Papenburg-Aschendorf zu ändern.

Hans-Michael Goldmann begründete das Anliegen der Liberalen damit, dass Aschendorf gemessen an seiner langen Geschichte und als ehemaliger Sitz der Verwal-

tung des Altkreises Aschendorf-Hümmling von den Papenburger Bürgern und den auswärtigen Gästen zu wenig wahrgenommen werde. Er kritisierte ebenfalls die aus seiner Sicht oft mangelhafte – auch finanzielle – Unterstützung der dortigen Vereine. Ein Doppelname, der von Städten wie Rheda-Wiedenbrück oder Clausthal-Zellerfeld mit Stolz geführt werde,

könne den Zusammenhalt in der Stadt fördern und sei der Bedeutung Aschendorfs angemessen. Goldmann: „Ich glaube, dass es sich um ein gewinnbringendes, vereinendes Anliegen handelt.“

Hartmut Bugiel und Peter Raske (beide SPD) zeigten sich verwundert über den Antrag. Die Querelen im Zuge der Gemeindereform seien inzwischen überwunden, an ei-

ner Neuauflage der Diskussionen könne niemandem gelegen sein. Bugiel: „Wir haben andere Probleme.“

Für die CDU stellte Sascha Kleinhaus kurz und knapp fest: „Wir sehen keinen Handlungsbedarf.“ Sein Fraktionskollege Friedhelm Führs (aus Aschendorf) sagte, der Antrag komme „36 Jahre zu spät“. Dennoch könne er dazu beitragen, auch mit Blick auf die lau-

fenden Leitbilddiskussionen, das Gewicht Aschendorfs mehr zu Geltung kommen zu lassen. Wenn auswärtige Besucher eine Ausstellung auf Gut Altenkamp sehen möchten, stiegen viele erst am Papenburger Bahnhof statt schon in Aschendorf aus und müssten dann mit dem Bus zurückfahren. Hier sei die Stadt gefordert, bei ihrem touristischen Informationsmaterial die ver-

schiedenen Stadtteile insgesamt mehr zu berücksichtigen.

Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (CDU) betonte, dass im Rahmen des Leitbildprozesses die Stärken der Stadtteile zum Nutzen aller herausgearbeitet würden. Ein neuer Doppelname sei dafür aber „der falsche und untaugliche Weg“.

Weitere Berichte zur Ratssitzung auf Seite 23.

Ems-Zeitung, 28.06.2008